

REZENSIONEN

Carsten Wieland: Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan

Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2000, 425 S., 45 €

Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich um die 1999 an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich verteidigte Dissertation des Autors. Den Hintergrund für die Arbeit an gerade diesem Thema bildeten die Aufenthalte des Autors als Journalist im belagerten Sarajevo 1994 und als Korrespondent in Indien 1996/97 sowie die in diesen Situationen gemachten Beobachtungen, die bei ihm "eine große Skepsis gegenüber gängiger Berichterstattung in den Medien und gegenüber populären, politischen und historischen Annahmen" (S. 13) hervorriefen. Während seiner Aufenthalte in diesen Ländern kam er zu der Auffassung, dass in beiden Fällen offensichtlich eine Mehrheit der betroffenen Muslime die neue Staatsgründung nie gewollt habe oder sie bis heute nicht wolle – und sich trotzdem in einem eigenen Staat wiedergefunden habe (S. 16). Gegenstand der Untersuchung ist deshalb eine vergleichende Untersuchung der muslimischen Nationenbildung bis zum entscheidenden Krisenpunkt der Staatsbildung Pakistans 1947 und bis zum vorläufigen Krisenpunkt in Bosnien-Herzegowina nach dem Abkommen von Dayton 1995. Methodisch verwendet der Autor für diesen Vergleich beider Fallstudien eine Kombination geschichtswissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher sowie ethnologischer und soziologischer theoretischer Ansätze. Im Mittelpunkt steht dabei der von ihm eingeführte Begriff der apostrophierten "Ethnie", der einerseits der Tatsache Rechnung tragen soll, dass der Begriff der (unapostrophierten) Ethnie zu schwammig sei, um die beabsichtigten Tatsachen darzustellen und die Konfusion um ihn die Grenze des wissenschaftlich erträglichen überschritten habe (S. 36), zum anderen jedoch gerade dieser Begriff im politischen Diskurs immer wieder gebraucht werde und deshalb (leider) politisch relevant sei. Um eine Abkoppelung der wissenschaftlichen Debatte von der politischen Realität zu vermeiden, soll durch die Apostrophierung auf die Unzulänglichkeit des trotzdem immer wieder gebrauchten Begriffes hingewiesen werden. Um dieses Ziel auch wirklich erreichen zu können, bedürfte es jedoch eines sehr sorgfältigen Umganges mit dem Text durch die Leser, was jedoch kaum zu erwarten ist. Deshalb scheint der Erfolg der Beibehaltung dieses so oft missbrauchten Begriffes durch den Autor in dieser leicht zu überschendenden Modifizierung für einen kritischeren Umgang mit ihm ziemlich fraglich. Insgesamt nimmt die Auseinandersetzung des Autors mit seiner theoretischen Grundlage fast ein Drittel der gesamten Arbeit ein, was die Lesbarkeit des Buches für einen interessierten Laien beeinträchtigen mag.

Im weiteren Verlauf seiner Arbeit setzt sich der Autor mit der Thematik unter den Kapitelüberschriften "Nation oder nicht Nation", "Die Politisierung der Muslime", "Ein eigener Staat in Reichweite" und "Nationalstaat der Muslime?" auseinander.

Dabei untersucht er jeweils die Situation zum Thema in Bosnien bzw. Indien/Pakistan und versucht, in einem Resümee vergleichende Aussagen zu treffen. Das ist nicht in jedem Falle sinnvoll, wie die Gegenüberstellung "Verhältnis Osmanen und bosnische Selbstständigkeit und Osmanen und indische Selbstständigkeit" zeigt. Während nämlich für Bosnien als Teil des Osmanischen Reiches die Frage durchaus sinnvoll ist, ergibt sich eine völlig andere Situation für Indien, das nie direkt zum Osmanischen Reich gehört hat, und es somit keinen direkten Einfluss der Osmanen auf die indische Selbstständigkeit gegeben haben kann. Die nostalgischen Bezüge der indischen Khalifatbewegung zur Türkei und dem Khalifen waren de facto ohne politische Auswirkungen auf Indien, zumal Jinnah und andere führende Vertreter der Muslim Liga die Khalifatbewegung ablehnten und die Bewegung nach Abschaffung des Khalifats 1924 praktisch im Sande verlief. Auch besteht kaum ein Zusammenhang zwischen der von Wieland erwähnten turkstämmigen Elite der indischen Muslime (S. 153) und den Osmanen, da jene Elite sich aus Einwanderern aus mittelasiatischen Gebieten und nicht aus Osmanen rekrutierte.

Wenig hilfreich ist auch die vom Autor vorgenommene Übertragung des *millet*-Begriffes auf Indien (S. 157), jedenfalls in dieser Form. Bei der zitierten *Jamiat-i-Ualma-i-Hind* handelt es sich um eine frühe politische Organisation der puristischen Deobandi-Schule des indischen Islams, die in wesentlichen Teilen bis 1947 an dieser *millet*-Interpretation festgehalten hat, jedoch stets eine Minderheitsmeinung im bunten Meinungsbild der indischen Muslime darstellte. Wohingegen die in der Lahore-Resolution der Muslim Liga von 1940 aufgestellte Forderung nach einem oder mehreren (!) autonomen und souveränen Staaten sicher nicht auf den *millet*-Begriff zurückzuführen ist, sondern auf die Nationentheorie wie sie nach Indien aus England und Europa gekommen war. Die von Wieland aufgestellte These von der pro-britischen Haltung Jinnahs (S. 361) ist so nicht richtig. Die Quintessenz des auf Seite 136 zitierten und zur Begründung der Zwei-Nationen-Theorie durch pakistanische Geschichtsschreibung mit der Vergangenheit herangezogenen Artikels von Satish Chandra ist eine andere, als uns der Autor glauben machen will. Weitere Beispiele für unzulässige und "hinkende" Vergleiche bzw. wenig sorgfältigen Umgang mit der zitierten Literatur wären möglich. Insgesamt scheint es, dass besonders der auf Indien/Pakistan bezogene Teil der Arbeit auf wenig kritischer Verarbeitung vorzugsweise indischer Literatur beruht und deshalb wenig hilfreich ist für das angestrebte Ziel, die Ursachen der muslimischen Nationenbildung bis zur Staatsgründung in Indien nachzuvollziehen und sinnvoll mit der in Bosnien zu vergleichen.

Im letzten Kapitel werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden untersuchten Fällen herausgearbeitet sowie weitere theoretische Schlüsse gezogen. Viele Aussagen sind durchaus zutreffend, es fehlt jedoch der Hinweis auf die Ursache für die so verzweifelt betriebene Kreation einer muslimischen Nation (zumindest im indo-pakistanischen Kontext): Die tatsächliche Bedeutung der Religionszugehörigkeit für gesellschaftliche Anerkennung in jenen Gesellschaften und die mangelnde Bereitschaft der "Mehrheitsethnie", Muslime an der politischen Macht zu beteiligen und damit ihre gesellschaftliche Stellung zu sichern.

Hervorzuheben ist das umfangreiche Literaturverzeichnis, das nach Literatur zum Balkan, zum Indischen Subkontinent, zum Islam und zum Themenbereich "Theorie"

unterteilt ist. Dabei ist Indien und besonders Pakistan im Vergleich zu Bosnien etwas zu kurz gekommen. Unklar ist, warum Islam – unabhängig von den betrachteten Gebieten – als Themenbereich gewählt wurde, zumal dann Literatur zur Türkei und zu Pakistan gelistet wird. Trotz der kritischen Hinweise bietet die Arbeit eine interessante Perspektive auf ein wichtiges Thema, das stark ideologisch belastet ist und verdient aufgearbeitet zu werden.

Bettina Robotka

Bernd Schramm: Sozialpolitik in Thailand: Die Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates zwischen Paternalismus und Moderne

Hamburg: Institut für Asienkunde, MIA 347, 2002, 494 S., 38 €

Die vorliegende Studie entstand als Dissertation am Fachbereich Geschichte und Soziologie der Universität Konstanz. Bernd Schramm begründet in seiner ebenso materialreichen wie theoretisch anspruchsvollen Arbeit die These, dass Thailand sich im vergangenen Jahrzehnt "fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit" (Klappentext) und — so muss man hinzufügen — von einem großen Teils der *scientific community* zu einem paternalen Wohlfahrtsstaat entwickelt hat. Als bedeutendster Schritt in diese Richtung wertet der Autor die Einrichtung einer gesetzlichen Sozialversicherung im Jahre 1991 und ihre schrittweise Ausweitung. Neben der umfangreichen Sekundärliteratur wertet Schramm auch eine Vielzahl thailändischer (englischsprachiger) Quellen, Berichte internationaler Organisationen sowie so genannte "graue Literatur" aus. Wertvolle Hintergrundinformationen liefern auch die vom Autor zwischen 1996 und 1998 durchgeführten Befragungen von mehr als 50 thailändischen Sozialexperten. Durch die Nichtberücksichtigung der keinesfalls marginalen thaisprachigen Literatur wird zwar die innerthailändische Diskussion um sozialpolitische Weichenstellungen nicht hinreichend gewürdigt; die Thesen der vorliegenden Studie werden jedoch hierdurch nicht wesentlich beeinträchtigt.

In einem einführenden Kapitel gibt der Autor einen interessanten Überblick über die demografischen, sozio-strukturellen, religiösen und kulturellen Grundlagen des thailändischen Staates sowie über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Es folgt ein ebenso informatives Kapitel über die Entwicklung der öffentlichen Wohlfahrt im Rahmen traditioneller Sicherungssysteme (Familie, Dorfgemeinschaft), aber auch formeller und informeller Sicherungsformen (zu den Letzteren werden die ca. 2.500 thailändischen Nichtregierungsorganisationen gezählt).

Im eigentlichen Hauptteil der Arbeit schildert Schramm, wie sich seit Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts (beginnend mit dem Amtsantritt der Regierung von Chatchai Chunhawan im August 1988) ein für Südostasien durchaus beispielhaftes Sozialversicherungssystem herausbildete, das sowohl Elemente des Versicherungs-, des Versorgungs- und des Fürsorgeprinzips enthält. Zahlreiche Statistiken und Grafiken belegen anschaulich die im südostasiatischen Kontext durchaus rasante Entwicklung der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung in Thailand. Aufschlussreich ist Schramms Beobachtung, dass die staatliche Beamtenversorgung als